

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 271

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatlich 150.— M.

Halver

Dienstag, den 21. November 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 8.— M., im
Kellamittel 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 20.— M.,
Offerten-Befragung 10.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Geheimrat Cuno hat nach dem Scheitern des Versuchs einer parlamentarischen Kabinettsbildung neue Verhandlungen zur Bildung einer überparteilichen Regierung ausgenommen.

* Auf dem Flugplatz Kuhlshüttel gelang dem Flugzeugführer Förster über ebenem Gelände ein Flug bis zu 150 Metern in 4 bis 6 Meter Höhe.

* Poincaré hat nach einer neuen Kammerrede, in der er Pfänder für ein deutsches Moratorium forderte, ein Vertrauensvotum des Parlamentes erhalten.

* Die italienische Kammer hat einen Vertrauensbeschluß für das Kabinett Mussolini gefaßt.

* Der Sultan hat sich unter britischen Schutz gestellt und ist auf einem englischen Kriegsschiff nach Malta abgefahren.

Cuno zum erstenmal gescheitert.

Berlin, 18. Nov. Um 1/3 Uhr wurde im Reichstag bekannt, daß Geheimrat Cuno seinen Antrag zur Bildung des Kabinetts in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt habe, weil die Sozialdemokraten 5 Ministerposten forderten und sich auch sonst parteipolitische Schwierigkeiten gezeigt haben, die wir schon mehrfach angeführt haben.

Cunos Brief an Ebert.

Berlin, 18. Nov. Cuno hat zuerst, wie die Blätter melden, in einem Brief dem Reichspräsidenten mitgeteilt: Es seien zwar alle in Betracht kommenden Parteien darüber einig, daß sie das Programm der Reparationsnote vom 13. November anerkennen, aber jede der Parteien verweise sich darauf, bestimmte Personen in dem zukünftigen Kabinett zu sehen, die anderen Parteien erklärten immer gerade jeweils diese Personen als für sie unannehmbar. Seine Bemühungen müßten an dieser Haltung scheitern. Laut Voss. Zeitung nehme man in politischen Kreisen an, daß, falls es nicht gelingen sollte, ein Kabinett Cuno zustande zu bringen, dem Reichspräsidenten kaum etwas anderes übrig bleibe, als den Reichstag aufzulösen.

Englands neues Parlament.

Der englische Premierminister Bonar Law kann mit dem Ausgang der Wahlen in England wohl zufrieden sein. Es zeigt sich hier wieder einmal, was ein gesunder politischer Instinkt bedeutet, wie er in diesem Lande der politischen Erdbeben nur einmal zu Hause ist. Die unabhängigen Konservativen waren also auf dem rechten Wege, als sie allen Teufelsmächten Lloyd George zum Trotz plötzlich mit einem Ungestüm sondergleichen die langjährige Regierungskoalition sprengten und den bis dahin mächtigsten Mann des Reiches über Nacht in die Wüste schickten. Lloyd George glaubte zweifellos, sich auf die Volksstimme verlassen zu können, die ihn bis dahin so mächtig emporgetragen hatte, aber der Erfolg hat gezeigt, daß auch ein aus diesem Volk hervorgegangener Staatsmann sich irren kann, wenn er die Dauerhaftigkeit von Volksstimmen, die im Wahrsinn mit zu den wandelbarsten Dingen auf Erden gehören.

Man hört bei uns vielfach von einem konservativen Wahlsieg sprechen. Das darf natürlich nicht im Sinne des deutschen Sprachgebrauchs verstanden werden. Es wäre durchaus verfehlt, die englischen Konservativen etwa mit der deutschen Parteiung dieses Namens auf eine Stufe zu stellen. Die Unionisten sind es, die fortan im neuen Unterhaus über eine absolute Mehrheit verfügen, diejenige Partei also, die ihren Namen von der Geneigtheit gemeinsamer politischer Arbeit mit den englischen Liberalen alten Schlags herleitet. Ihr rechter Flügel, von dem jetzt allerdings die Initiative für die Sprengung der Regierungskoalition ausgegangen war, kann noch am ehesten für einen Vergleich mit den deutschen Konservativen, wie wir sie im alten Reich sahen, in Betracht kommen. In ihrer Gesamtheit aber steht die unionistische Partei den politischen Hauptfragen der Gegenwart ungleich freier gegenüber. Insbesondere was die Haltung in sozialen Dingen betrifft. Lloyd George hatte geglaubt, mit seinem ausgeprochenen antisozialistischen Wahlprogramm auch auf der rechten Verwirrung zu fassen. Die Unionisten ließen ihn aber mit seiner gegen die Arbeiterpartei gerichteten Agitation glatt abfallen, aus dem instinktiven Gefühl heraus, daß es zum Ungeheuer der Nation gereichen würde, wenn sie von bürgerlicher Seite her durch eine unüberwindliche Kluft zwischen Bürgerschaft und Arbeiterschaft zerissen würde. Von der Arbeiterseite her ist man dieser Gefahr in England bis jetzt gleichfalls immer noch zweifelhaft aus dem Wege gegangen, was sich sowohl in der Kriegszeit als in der Nachkriegszeit sehr zum Vorteil des Landes wiederholt gezeigt hat. Dem unionistischen Wahlsieg in England kommt also durchaus nicht die Bedeutung zu, die etwa ein konservativer Wahlsieg in Deutschland, wenn er in absehbarer Zeit möglich wäre, haben müßte.

Hat sich auf der rechten die Geflossenheit des Aufmarsches zum Wahlkampf ausgezeichnet bewährt, so haben die Koalitionsliberalen, also die unmittelbare Gefolgschaft Lloyd Georges, die Kosten des Wahlkampfes in der Hauptsache zu tragen. Die unabhängigen Liberalen, von Asquith geführt, haben ihre Mandatszahlen nahezu verdoppeln können, ein Beweis, daß auch in diesen sehr links gerichteten Schichten des englischen Volkes das Verlangen nach reiner Scheidung übermächtig war. Trotzdem sind sie aber unter Hinzurechnung der Anhänger von Lloyd George im ganzen so geschwächt worden, daß

sie für sich allein für die nächste Zeit keine erhebliche Rolle mehr in England spielen können. Der beste Beweis für den ungeheuren Wandel der Zeiten, der dazu geführt hat, daß das durch Jahrhunderte aufrecht erhaltene parlamentarische Wechselspiel zwischen rechts und links in England in die Brüche gegangen ist. In die Stelle der zweitgrößten Partei sind nun die Arbeiter eingedrungen, die ihre Mandatszahl im Unterhaus so ziemlich verdoppelt haben. Als der gleiche Vorgang sich vor Jahren bei den deutschen Reichstagswahlen abspielte, war alle Welt geneigt, an einen nahe bevorstehenden Sieg des Sozialismus in Deutschland zu glauben. In England hat man für den großen Wahlsieg der Arbeiterpartei Erklärungen zur Hand, die ihn als eine nur vorübergehende Erscheinung ausgeben sollen: der wirtschaftliche Niedergang seit dem Kriege, die Arbeitslosigkeit und was sonst damit zusammenhängt. Sehr wahrscheinlich, daß die Dinge sich so verhalten; wie aber die Engländer es anstellen wollen, aus dieser wirtschaftlichen Krise mit der erforderlichen Beschleunigung wieder herauszukommen, ist ihr Geheimnis. Sie können es tun, wenn sie in der internationalen Wirtschaftspolitik mit der Entschiedenheit vorgehen, die durch den Ernst der Weltlage geboten ist.

Anfänge dazu sind vielleicht hier und da erkennbar, doch hat man bisher nicht den Eindruck, daß sie gegenüber französischer Hartnäckigkeit standhalten werden. Ob Bonar Law, nunmehr gestützt auf ein vollkommen zu seiner Verfügung stehendes Parlament, es wohl wagen wird, andere Wege einzuschlagen?

Lloyd George Vorkämpfer in Washington?

Eine lange Depesche aus Washington brachte eine Meldung, die in Londoner diplomatischen Kreisen eine ungeheure Aufregung hervorgerufen hat. Es wird darin behauptet, daß Bonar Law Lloyd George ersucht hat, den Posten des englischen Vorkämpfers in Washington, den jetzt Sir Auckland Geddes einnimmt, anzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neue Disziplinarrechtsprechung der Beamten.

Der Reichsdisziplinarhof für die Reichsbeamten in Leipzig tagte nach seiner Umbildung auf Grund des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik zum ersten Male im Reichsgerichtsgebäude. Der Disziplinarhof kam zu mehreren grundlegenden Entscheidungen, wobei er vereinzelt auch die bisherige Rechtsprechung verließ und neue Grundsätze aufstellte. So stellte sich der Disziplinarhof im Gegensatz zu seiner früheren Rechtsprechung auf den Standpunkt, daß ein von der Staatsanwaltschaft zu ungunsten des Angeklagten eingelegtes Rechtsmittel die Wänderung des ersten Urteils auch zugunsten des Angeklagten ermöglichen. Ein zur Straferhebung verurteilter Beamter hatte es dieser neuen Rechtsprechung zu verdanken, daß er lediglich mit einer Ordnungsstrafe davonkam.

Erhaltung der Kinderspeisung.

Der Deutsche Städtetag hat beim Reichsfinanzministerium und Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft einen Antrag eingereicht, von Reich wegen so viel Geldmittel zur Verfügung zu stellen, daß eine Einschränkung des bisherigen Umfangs der Kinderspeisungen keinesfalls einzutreten braucht, sondern daß im Gegenteil eine Vermehrung vorgesehen wird.

Das wirkliche Bild Deutschlands.

Aus Amerika wurde wiederholt mitgeteilt, daß die Sammlungen für deutsche Wohlfahrtszwecke und insbesondere zugunsten der Kinderspeisung immer wieder gehemmt werden durch die Reiseberichte von Amerikanern, die in Deutschland nur Wohlstand und Apfelmessigkeit gesehen haben. Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, Ausländern das wirkliche Deutschland außerhalb der Hotels, Restaurants, Vergnügungsorte und Fremdenquartiere zu zeigen und ihnen Einblick in die Stätten der Not und die Einrichtungen der Wohlfahrtsfürsorge zu verschaffen. Um auf diese Möglichkeit hinzuweisen und die in Betracht kommenden Auskunftsstellen bekanntzugeben, sind bei den Konsulaten, in den Reisebüros und größeren Hotels „Hinweistarten“ ausgelegt worden.

Lebensbewegung in Braunschweig.

Wiederholte Rundgebungen und Deputationen empfangen beim Staatsministerium veranlaßten den Ernährungsminister Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern anzuknüpfen. Eine Deputation verließ das Ministerium mit der bestimmten Erklärung, daß sie die Verantwortung für die kommenden Ereignisse in Braunschweig ablehnen müsse, wenn nicht umgehend gründliche Abhilfe geschaffen werde.

Nichttritt des Staatsgerichtspräsidenten.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, Senatpräsident Dr. Hagens, ist von seinem Amte zurückgetreten. Als sein Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident des Staatsgerichtshofes, Senatpräsident Schmidt, der bekannte Vorsitzende in den Kriegsbefehlshabern-Prozessen, genannt.

Das Notgeld der rheinischen Städte.

Zwischen der Rheinlandschafts- und der deutschen Regierung soll die Vereinbarung getroffen worden sein, daß die Reichsbank verpflichtet ist, das Notgeld der Städte im besetzten Gebiet einzulösen.

Polen.

× Einführung der Polenmark in Polnisch-Oberschlesien. Die Finanzkommission des oberösterreichischen Seins ver-

handelt in Anwesenheit eines Vertreters des Warschauer Finanzministeriums über die Frage der Einführung der Polenmark in Polnisch-Oberschlesien und beschloß die Einführung. Der Vertreter des Ministeriums brachte zum Ausdruck, daß die Regierung in Warschau die notwendige Kündigung der deutschen Währung wahrscheinlich schon zum 1. Dezember ausprechen werde. Sofern dies eintritt, ist vom 1. Oktober 1923 ab die polnische Mark gesetzliches Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien.

Aus In- und Ausland.

München. Infolge von Veränderungen in der diplomatischen Vertretung des Vatikans wird Monsignore Vassallo zum Runtius in München an Stelle des bisherigen Runtius Monsignore Pacelli ernannt werden, in dessen Händen die Leitung der Berliner Nuntiatur verbleibt.

Laibach. Die jugoslawische Regierung hat die deutschen Vereine in Gilly aufgelöst.

Rom. Die Kammer hat in namentlicher Abstimmung mit 306 gegen 116 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Washington. Das Staatsdepartement hat den Sachverständigen für Farbstoffe beauftragt, die Frage der Anrechnung des Amerika zugehörigen Anteils der deutschen Reparationsfarbstoffe auf die Verpflichtung Deutschlands zum Unterhalt der amerikanischen Besatzungsgruppen am Rhein zu prüfen. Bis zu einer befriedigenden Lösung bleibt das gegenwärtige System der Farbstoffverteilung in Gebrauch.

Deutscher Reichstag.

(270. Sitzung.)

Ch. Berlin, 18. November.

Auf der Tagesordnung stand zuerst die zweite Beratung des von allen großen Parteien eingebrachten Antrages, der die Gewerbeordnung dahin ändern will, daß bei der Veranstaltung von Messen Verwaltungsbeiträge von den Messebesuchern erhoben werden können. Dem Auswahlantrag gemäß wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache angenommen. Ein Antrag der großen Parteien auf Änderung des Branntweinmonopols wurde ohne weiteres an den Ausschuss überwiesen, und dann wurde die Aussprache über die neue Geschäftsordnung des Reichstages fortgesetzt.

Abg. Kuenen (Komm.) beantragte, die Ausschüsse im allgemeinen öffentlich tagen zu lassen und die Öffentlichkeit nur in Ausnahmefällen zu beschränken.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) begründete einen von der Ausschussmehrheit eingebrachten Antrag, wonach für den auswärtigen Ausschuss der Ausschluß der Öffentlichkeit sich auch auf die dem Ausschuss nicht angehörenden Abgeordneten beziehen solle. Dieser Antrag wurde unter Ablehnung der obigen Anträge angenommen.

Eine Geschäftsordnungsdebatte über die Anberaumung der nächsten Sitzung ergab Beschlussumfähigkeit. Damit war die Sitzung zu Ende und Präsident Lobe beräumte die nächste Sitzung auf Montag an.

Poincaré verlangt Pfänder.

Vorspiel für Brüssel.

In der französischen Kammer hat Poincaré wieder einmal eine seiner bekanntesten Reden gegen Deutschland gehalten. Er sagte, das Bankierkomitee habe die Frage einer internationalen Anleihe für Deutschland erörtert, aber eine Herabsetzung der Reparationen geschuldet verlangt, was zum Schaden der Reparationen geführt hätte. Deshalb sei es die Pflicht Frankreichs gewesen, sich dem zu widersetzen. Gewiß sei die Zahlungsfähigkeit Deutschlands augenblicklich verringert, aber er glaube, daß diese Lage

auf deutsche Mäntel zurückzuführen

sei und leicht verbessert werden könne. Deutschland habe alles getan, um die Weltmärkte wieder zu erobern, und es habe selbst den deutschen Staat systematisch ruiniert und einige deutsche Bürger bereichert. (1) Poincaré erklärte weiter, Frankreich könne nur eine Lösung der Reparationsfrage annehmen, die seine Stellung als beherrschender Gläubiger sichere. Frankreich könne auf seine Pfänder nicht zugunsten anderer Gläubiger verzichten, und, wenn ein Moratorium bewilligt werde, so könne das nur durch Bewilligung effektiver Pfänder geschehen. Das ehemalige englische Ministerium habe immer gesagt: „Was wollt ihr mit Deutschland machen? Rähet nicht daran!“ Poincaré rechnet jetzt mit der

aktiven Sympathie sämtlicher Alliierten.

Wenn Frankreich durch das Verlangen Deutschlands ruiniert werde, wäre das eine Verletzung des guten Rechtes. Gehen wir also, so sagte er, nach Brüssel mit der wohlwollenden Absicht, für Frankreich Gerechtigkeit zu erlangen. Schließlich verlangte Poincaré im Hinblick auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen in Lausanne die Vertagung der Kammer auf einen Monat. Es handelte sich hier für ihn um die Vertrauensfrage. Die Kammer nahm mit 462 gegen 71 Stimmen die Vertagung an.

Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung

Berlin, 18. November.

Der erste Versuch, den Geheimrat Cuno unternahm, um eine neue Reichsregierung zu bilden, ist gescheitert. Am heutigen Mittag hat er dem Reichspräsidenten in einem Briefe mitgeteilt, daß die Schwierigkeiten, welche von seiten der Fraktionen seinen Bemühungen entgegengekehrt werden, doch größer waren, als er vermutete, und daß er daher den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen müsse. Präsident Ebert hat damit aber den Plan eines Kabinetts Cuno nicht aufgegeben, er hat vielmehr Herrn Cuno in einem Antwortschreiben den Auftrag gegeben,

einen neuen Versuch zu unternehmen.

Der Anfang dazu ist, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bereits gemacht, und zwar auf grundsätzlicher

anderer Wais. Die Ursache, die zum Sperrern des ersten Versuches führte, lag darin, daß die Fraktionsmeinungen nicht miteinander in Einklang zu bringen waren. Die Sozialdemokraten wollten keinesfalls die große Koalition, das Zentrum wollte sie unbedingt haben. Die Volkspartei wollte am Kabinett nur teilnehmen, wenn sie auch in die Koalition kam, das wollten wieder die Sozialdemokraten nicht, und so hat das „parlamentarische“ Verhandeln Herrn Cuno vollkommen auf den berüchtigten „toten Punkt“ geführt. Nunmehr greift er auf seinen ursprünglichen Plan zurück, von dem man überhaupt nicht recht einsehen, warum er ihn nicht von Anfang an fest im Auge behielt, er wird nun ein

rein überparteiliches Kabinett

anstreben. Man hört — denn Bestimmtes ist weder im Reichstage noch bei der Regierung bekannt, da Herr Cuno in strengster Verschwiegenheit im Palais des Reichspräsidenten arbeitet — „man hört“ also, daß er mehrere bedeutende Wirtschaftsführer, die dem Reichstage nicht angehören, zu sich gebeten hat, um sie zu befragen, ob sie unter seiner Leitung Ministerposten annehmen wollen. Der Reichstag hat sich statt bis Donnerstag, wie beabsichtigt war, nur bis Montag vertagt, ein Zeichen, daß man bald eine Entscheidung erwartet. Seltigst Herr Cuno sein zweites Verzicht, so wird es die Sache des Reichstages sein, die Parteibedenken zurückzustellen und dem neuen Kabinett durch ein Vertrauensvotum das Arbeiten zu ermöglichen. Sonst bestünde die Möglichkeit, daß Herr Cuno und Herr Cuno energischere Maßnahmen anwenden und dieses uneinige Parlament nach Hause schicken.

„In erster Stunde“.

Berlin, 18. November.

Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hat der bekannte Wirtschaftspolitiker Direktor Hans Graemer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, eine bedeutende Ansprache gehalten, in der er die Not der Gegenwart und die Gefahren der nächsten Zukunft in beredten Worten schilderte.

Es geht nicht länger an, so sagte er, daß die ganze deutsche Wirtschaft unter das Joch einer einzelnen Partei gebeugt werde. Wenn Dr. Wirth das unbedachte Wort gebraucht habe, der politische Feind stehe rechts, so wolle er nicht die gleiche Unbedachtsamkeit begehen und sagen: der wirtschaftliche Feind stehe links. Er fürchte aber, daß die Haltung der politischen Parteien einen Keil hineintreiben werde mitten in unsere Produktion in einem Augenblick, in dem es mehr als je notwendig sei, gemeinsam unsere letzte Kraft anzuspannen zur Rettung vor dem Untergang. Deutschland stehe bei allen Milliardenziffern, mit denen wir jetzt täglich gebelnd werden, nicht viel mehr da als eine gewaltige Kullerstadt. Die deutsche Wirtschaft sei krank, mehr als man glaube. Restlos ausgezehrt sei bereits das Vermögen des Mittelstandes, des Hausbesitzes, und nunmehr habe die Stunde geschlagen für den Bestand des deutschen Unternehmertums. Rettung könne nur bringen eine gemeinsame Tat des Unternehmertums und der Arbeitnehmerschaft. Sie aber werde zur Unmöglichkeit, wenn im jetzigen Augenblick Bedingungen gestellt würden, die auf nichts anderes hinausliefen als auf den Ausschluß der Führer der deutschen Wirtschaft von der Leitung der Staatsgeschäfte. Man solle nur überlegen, daß die deutsche Reichseisenbahn in den letzten Monaten für 81 Milliarden Mark Kohlen aus England beziehen mußte. Davon hätten 58 Milliarden erspart werden können, wenn die deutschen Kohlengebiete in der Lage gewesen wären, ihre Produktionskraft richtig auszunutzen. Wenn das so weitergehe, sei eine zweite Revolution unvermeidlich. Sie aber werde von den Schichten geführt werden, die heute in Wirklichkeit die Proletarier sind, und die nicht mehr in der Lage sind, den wilden Tanz um das goldene Kalb noch mitzumachen. Die Welt habe nicht nur das Vertrauen zu unserer finanziellen Kraft verloren, sondern auch das Vertrauen zur Zuverlässigkeit der deutschen Produktion. Die Stunde der Entscheidung für das deutsche Bürgerum sei gekommen. Hungersnot und Arbeitslosigkeit stünden vor der Tür. Ein Winter voller Schreden erwarte uns. Das deutsche Unternehmertum habe der Arbeitnehmerschaft vier Jahre lang gezeigt, daß es ihr vertraue. Nun sei der Augenblick gekommen, die Erwidierung dieses Vertrauens zu fordern.

Die Rede machte auf die Versammlung, der auch mehrere Minister beizuhörten, den berechtigten tiefen Eindruck.

Die Flucht des Sultans.

Unter englischem Schutz.

Nachdem die Kemalisten die Auslieferung des Sultans gefordert hatten, um ihn vor Gericht zu stellen, hat der Sultan es vorgezogen, sich in Sicherheit zu bringen. Er

Goldelise.

Roman von E. Marlitt.

68)

(Nachdruck verboten.)

Herr von Walde trat heraus auf die Plattform. In der Linken hielt er die Fackel und mit der Rechten zog er Elisabeth in den Bereich der Flamme. Er war ohne Kopfbedeckung, das dunkle Haar fiel ungeordnet auf die Stirn und eine tiefe Wölfe bedeckte sein Gesicht. Sein Blick ließ wie ein Blitz über ihre Gestalt, als wollte er sich überzeugen, daß sie auch wirklich unverletzt vor ihm stehe.

„Elisabeth, armes Kind!“ rief er endlich seufzend hervor. „Hierher, in die dunkle Nacht, auf dies unheimliche Gemäuer hat Sie die Schmach getrieben, die Sie heute in meinem Hause erdulden mußten?“

Elisabeth erklärte ihm, daß ihr Verweilen hier oben kein freiwilliges gewesen sei, wie ja die geschlossene Tür beweise, und erzählte in flüchtigen Worten den Verlauf der Sache. Dabei schritt sie die Treppe hinab. Er ging ihr voraus und bot ihr die Hand, um sie zu stützen aber sie faßte nach dem Strich, der als Treppengeländer diente, und wandte die Augen weg, um seine Bewegungen unbeachtet lassen zu können.

In diesem Augenblick erlosch die Fackel, die ohnehin nur noch schwach brannte, in einem starken Luftzuge, der durch eine offene Luke einströmte; tiefe Finsternis umgab die Hinabsteigenden.

„Geben Sie mir jetzt die Hand,“ sagte er, in den befehlenden Ton von früher verfallend.

„Ich halte mich am Geländer und brauche keine andere Stütze,“ entgegnete sie abweisend.

Kaum war das letzte Wort über ihre Lippen, als sie sich von zwei Armen umschlungen fühlte, die sie ohne weiteres eine Feder vom Boden aufhoben und die Treppe hinabtrugen.

„Törichtes Kind,“ sagte er, indem er sie draußen auf dem Rasenplatz niederließ, „ich werde doch nicht leiden, daß Sie sich auf den Steinflecken des Turmes die Glieder zerschmettern!“

Sie schlug den Weg ein, der direkt nach dem Lindhofer Schloß führte; er war ja der kürzeste. Herr von Walde schritt schweigend neben ihr her.

Legat von Konstantinopel auf das britische Schlachtschiff „Malaya“, das sofort nach Malta abging. Er hatte vorher an General Harrington geschrieben, daß er sein Leben in Gefahr erachte und um britischen Schutz bitten müsse. Daraufhin fuhr ein Kraftwagen vor einem Seiteneingang zum Palast vor. Während die Wachabteilung stand, begab sich der Sultan mit seinem Sohn und sechs Mitgliedern des Palaststabes in den Kraftwagen und fuhr zu dem britischen Marinestützpunkt, wo General Harrington und der britische Oberkommissar Henderson den Sultan empfingen. Der Sultan ging, ohne daß sich ein Zwischenfall ereignete und ohne daß irgend jemand überhaupt die Flucht bemerkte, an Bord des „Malaya“. Der Sultan versicherte, daß er sich unter dem Schutz Großbritanniens sicher fühle und erklärte nachdrücklich, daß er nicht abdankte, sondern sich nur aus der Gefahr begeben, die ihn unmittelbar bedrohe.

Soziales und Provinzielles.

Halver, 21. November 1922.

Der Bußtag (22. November).

□ Schon in frühchristlicher Zeit hatte die Kirche, besonders in Zeiten der Not, gewisse Tage als Bußtage bestimmt: in gemeinschaftlichem Gebet taten die Gläubigen Buße und baten Gott um Schutz für das Volk und das Land. Daraus entstand der Brauch, den Freitag, als den Todestag Christi, durch Fasten und Bußpredigten zum Tag der Buße zu stempeln wie auch feststehende Buß- und Beizeiten einzuhalten, zunächst Ostern und Advent, später noch zwei Tage im Sommer und im Herbst. Schließlich hatte jede Jahreszeit ihren Bußtag, und in der katholischen Kirche haben sich die viermal im Jahre stattfindenden Bußzeiten, die Quatembertagen, die auch als Fastenzeiten gelten, bis heute erhalten. In früherer Zeit wurden die Bußtage mit großem Ernst begangen. Jede öffentliche Lustbarkeit war streng untersagt, und alte Kirchenverordnungen befahlen für den Bußtag sogar das Schließen der Stadttore und Läden, so daß der Tag wirklich ein feierliches Gepräge erhielt. Häufig wurden am Bußtag auch die Stadttürme mit milden Gaben bedacht. In der evangelischen Kirche legte man ursprünglich der Beibehaltung der Bußtage wenig Bedeutung bei. Sie waren zwar nicht ganz vergessen worden, wurden aber, da keine festen Vorschriften bestanden, nur ganz vereinzelt da und dort einmal begangen. Die erste von einer Obrigkeit vorgeschriebene evangelische Bußfeier fand im Jahre 1532 in Stralsburg statt, und zwar als Dankfest für den glücklichen Ausgang des Turlenkrieges. Aber noch dauerte es fast hundert Jahre, ehe zuerst in Mecklenburg und dann in Sachsen, feste Bußtage eingeführt wurden. Von da breitete sich der Brauch während des 17. Jahrhunderts auch über das übrige Deutschland aus, freilich völlig ungleich, was Zahl und Zeit der Bußtage in den einzelnen Ländern anlangt. Denn es gab halbe und ganze Bußtage sowohl wie auch wöchentliche, viertel-, halbjährliche und jährliche. Erst seit 1893 haben sich Preußen und mit ihm die meisten deutschen Länder, mit Ausnahme von Süddeutschland und Mecklenburg, auf die Feier eines gemeinsamen Bußtages, der alljährlich am Mittwoch vor dem letzten Trinitatis-Sonntag stattzufinden hat, geeinigt.

□ Postverkehr mit dem Ausland. Der deutsche Gegenwart des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paket-, Telegramm- und Zeitungsverkehr mit dem Ausland ist mit Wirkung vom 20. November an auf 1400 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden ebenfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

—*— Die Versorgungsausschüsse Lüdenscheld, Altenaerstraße 5 wird mit dem 31. Dezember 1922 aufgelöst. Nach diesem Zeitpunkt werden in Lüdenscheld je nach Bedarf Versorgungsprestage durch einen beamteten Arzt des Versorgungsamtes Siegen abgehalten.

—*— Viehzählung am 1. Dezember 1922. Am 1. Dezember ds. Js. findet eine Viehzählung größeren Umfanges statt, die sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere und Maultesel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenvölker erstreckt. Das Ergebnis der Viehzählung dient lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und

„Sie haben die Absicht, heute von mir zu gehen, ohne mir ein verständliches Wort zu sagen?“ fragte er plötzlich stehen bleibend. In seinem Tone stritten Schmerz und verhaltener Groll. „Ich habe das Unglück gehabt, Sie zu beleidigen?“

„Ja, Sie haben mir wehe getan.“ „Weil ich meinen Vetter nicht sofort zur Rechenschaft zog?“

„Das konnten Sie ja nicht, seine Werbung geschah mit Ihrer Genehmigung. Sie so gut wie die anderen wollten mich zwingen, Herrn von Holfeld meine Hand zu reichen.“

„Ich Sie zwingen? ... Kind, wie schlecht verstehen Sie sich auf die Erforschung eines männlichen Herzens... Sie sollen im Gegenteil erfahren, daß ich alles entfernen werde, was Sie an den heutigen Vorfall erinnern könnte... Sie sind gern in Lindhof?“

„Ja.“ „Die Baronin Lessen wird das Schloß verlassen, und ich will Sie bitten, meiner Schwester Stütze und Umgang zu sein, wenn — wenn ich wieder in die weite Welt hinausziehen werde, wollen Sie?“

„Das kann ich Ihnen nicht versprechen.“ „Und warum nicht?“

„Fräulein von Walde wird meine Gesellschaft nicht wünschen, und wenn auch... ich habe heute schon einmal erklärt, daß ich den neuen Namen nicht führen werde.“

„Wunderliche Antwort! ... Das gehört nicht hierher... Ah, jetzt verstehe ich! Endlich wird es hell vor meinen Augen! Sie glauben also, ich habe Holfelds Wahl gebilligt, weil Ihnen plötzlich ein ablicher Name zugefallen ist... wie, ist's nicht so?“

„Ja, das glaube ich.“

„Und folgern Sie weiter, daß ich Sie aus dem Grunde auch jetzt als Umgang für meine Schwester wünsche? ... Sie sind überhaupt der Ansicht, daß der Kräftetrat bei allem, was ich tue und denke, die erste Stimme hat?“

„Ja, ja!“

„Nun, dann frage ich Sie, welchen Namen führten Sie, als ich hier, auf diesem Wege, Sie um einen Glückwunsch für mich bat?“

„Damals wußten wir noch nicht, welches Geheimnis der Erker enthielt“, flüsterte Elisabeth kaum hörbar.

„Haben Sie die Worte vergessen, die Sie mir an jenem Tage nachsprechen mußten?“

gemeinnütziger Aufgaben, aber nicht zu Steuerzwecken. Ueber die in der Zählbezirksliste enthaltenen, den Viehbesitz des einzelnen betreffenden Nachrichten wird das Amtsgeheimnis gewahrt. Die Zählung ist unter Anleitung der Ortsbehörden durch freiwillige Zähler vorzunehmen. Das Amt des Zählers ist ein Ehrenamt. Wer vorzüglich eine Anzeige, zu der auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 30. Januar 1917 oder der nach § 2 erlassenen Bestimmungen aufgeführt wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen“ erklärt werden.

— Halver, 20. Nov. Gelegentlich der am 18. und 19. Nov. in Lüdenscheld stattgefundenen Kreisverbands-Ausstellung der Kaninchenzüchter des Kreisverbandes Lüdenscheld, die sich einer guten Beschickung von ungefähr 300 Nummer ausgestellter Tiere und Produkte rühmen konnte, beteiligte sich der hiesige Kaninchenzüchterverein mit einer Anmeldung von ungefähr 20 Nummern, von denen u. a. folgende Tiere der Mitglieder mit Preisen bedacht wurden: Otto Schönenberg auf Belg.-Niesenkaninchen Kreisverbands-Ehrenpreis und 2. Preis, Rudolf Höngen auf Silberkaninchen Sieger- und Ehrenpreis, Paul Kaufmann auf Blaue Wienerkaninchen 1. und 2. Preis, Heinrich Kraus auf Hasenkaninchen Sieger- und Kreisverbands-Ehrenpreis und Ehrenpreis. Otto Wisse auf Silberkaninchen einen 1., 2. und 3. Preis, Martin Zies auf Japanerkaninchen den 3. Preis, sowie Heinrich Kraus auf ausgestellte Produkte in Fell- und Lederwaren den 2. Preis. Verbunden mit der Ausstellung fand eine Vorstandssitzung des Kreisverbandes statt, dem unter anderem die Beschaffung eines Kunstgegenstandes für den in der letzten Sitzung zum Ehren-Vorsitzenden ernannten Mitgliede Herrn W. Schnevogt Lüdenscheld beschlossen, die Beforgung wurde den Lüdenschelder Kollegen überlassen.

— Neuenhaus bei Kierspe, 19. Nov. Zur Gründung einer Nachbarschaft tagte am heutigen Sonntag hier eine gut besuchte Versammlung. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, welcher beauftragt wurde, entsprechende Satzungen auszuarbeiten und der am 2. Dezember anzuberaumenden Mitgliederversammlung vorzulegen. Schon über 40 Mitglieder haben ihren Beitritt erklärt. Es liegt nun im wirtschaftlichen Interesse aller nachbarlichen Ortsbewohner, der Nachbarschaft beizutreten, um bei eintretenden Sterbefällen der Not gesichert zu sein. Beitrittserklärungen nimmt der prov. Vorstand entgegen.

— Gevelsberg, 17. Nov. Einen wertvollen Fund machte Donnerstag mittag ein 15-16-jähriger Junge auf dem Elberfelder Bahnsteig des hiesigen bergm. Bahnhof; ein Dugend sog. Sitzzähne, die ein kleines Vermögen an Wert darstellen und vielleicht von einem Zahnarzt oder einem Dentisten verloren sind. Der Junge, der über den Wert des Fundes sicher nicht im klaren war und mit den Zähnen spielte, wurde von Reisenden zum Fundbüro der Station gewiesen.

Sitzung der Amtsvertretung Halver.

— Halver, 19. November.

In der gestrigen Sitzung der Amtsvertretung, die unter dem Vorsitz des Amtsbeigeordneten Winkhaus stattfand, wurde nachstehendes verhandelt: Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach Gemeindevorsteher Fernholz zur Geschäftsordnung, rügte die umfangreiche Tagesordnung von 24 Punkten, die in der kurzen Zeit nicht ordnungsmäßig und eingehend durchberaten werden könne. Beschlüsse kämen zustande, die nicht den Wünschen der Amtseingesessenen entsprächen und die Vertreter mußten sich dieserhalb Vorhaltungen machen lassen. Er bat für die Folge Sitzungen mit kürzerer Tagesordnung abzuhalten.

„Nein, ich habe jede Silbe klar und fest im Gedächtnis“, entgegnete das junge Mädchen rasch.

„Nun, und halten Sie es für möglich, daß solche Worten enden könnten mit einem „und bleiben Sie gesund im neuen Jahre“ oder dergleichen?“

Das junge Mädchen antwortete nicht, sah aber tief erötend zu ihm auf.

„Hören Sie mich einen Augenblick ruhig an, Elisabeth“, fuhr er fort. „Ein Mann, den das Glück bevorzugte, indem es ihm eine höhere Lebensstellung und Reichtum in die Wiege legte, mißtraute diesen Vorzügen, als er anfang, selbständig zu denken. Er fürchtete, daß gerade an ihnen das Scheitern könne, was er Lebensglück nannte. Er schuf sich deshalb in Bezug auf die Wahl seiner Lebensgefährtin ein Ideal; nicht, daß er außerordentliche geistige und körperliche Vorzüge beanspruchte hätte, er suchte einfach ein Wesen im Besitze eines reichen und reinen Herzens, das kein Verständnis habe für die Vorteile des Ranges und Reichtums und sich ihm, nur ihm ohne jedwede Nebenbedingung, hingeben würde... Er kam allmählich zu der Ueberzeugung, daß sein Ideal ein Ideal bleiben werde; denn er war über seiner Erforschung nachgerade siebenunddreißig Jahre alt geworden... Wenn die Hoffnung bereits die Flügel zusammenfaltete, wenn es dunkel werden will, dann hat das in der zwölften Stunde noch plötzlich aufglühende Morgenrot etwas überwältigendes für die Menschenseele. Sie wird aus dem Geiste gerissen, und eben die Verspätung, das so lange erfolglose Harren stürzen sie in ein Meer von Zweifeln und lassen sie nicht recht mehr an das unerwartete Glück glauben... Elisabeth, er fand ein solches Herz, das, unterstützt von einem klar erwägenden, reich ausgestatteten Geiste, hoch stand über jenen Kleinlichen Interessen; aber es schlug in einer jungen, mit dem höchsten Liebreize geschnittenen Stille... War es da wohl ein Wunder, wenn der gereifte Mann, der, wie er wohl wußte, nichts Bestehendes in seinem Aeußeren hatte, mißtrauisch und voll Angst auf einen anderen blickte, der Jugend und eine schöne Gestalt in die Wagschale legen dürfte?“

(Fortsetzung folgt.)

1. Einführung des Amtsverordneten Jinnern. Da Herr Jinnern nicht erschienen war, konnte die Einführung in sein Amt nicht stattfinden.

2. Abnahme der Amtskassenrechnung für 1920. Die vom Rendanten der Amtskasse eingereichte Rechnung, die in Einnahme 1242 030.— Mk. und in Ausgabe 1242 028.— Mk. ausweist, wird vom Amtsbeigeordneten Beuter vorgetragen. Vorbehaltlich der gezogenen Erinnerungen genehmigt die Amtsversammlung die Rechnung und erteilt dem Rendanten Entlastung.

3. Abnahme der Sparkassenrechnung für 1921. Die vom Sparkassenvorstande eingereichte und von der Verwaltung vorgeprüfte Rechnung wurde ebenfalls vom Amtsbeigeordneten Beuter vorgetragen. Der Reingewinn beträgt 100 000 Mk., wovon je die Hälfte dem Reservefonds und der Amtskasse überwiesen sind. Der beantragten Entlastung des Rendanten stimmt Versammlung vorbehaltlich der gezogenen Erinnerungen zu. — Gemeindevorsteher Fernholz bittet den Amtsvorstand die Amts- und Gemeindefassenrechnung nicht erst nach 2 Jahren vorzulegen, sondern wie die Sparkasse vom Verjahre.

4. Bereitstellung der Mittel für die Siedlungsbauten. Der Sparkassenvorstand beantragt, daß die Amtsvertretung die Bereitstellung der Mittel für Siedlungsbauten übernehme. Nach kurzer Aussprache, in der die stetig steigende Teuerung die Baukosten hervorgehoben wurde, sodaß bis heute die Kosten einer Siedlung rund 700 000 Mk. betrüge, wurde die Bürgerschaft der Amtsparkasse gegenüber übernommen.

5. Verteilung der Amtsparkassen-Zinsüberschüsse. Die hiesige Amtsparkasse hat aus dem Geschäftsjahr 1921 einen Zinsüberschuß von 50 000 Mk. überwiesen, der zu gemeinnützigen Zwecken zu verteilen ist. Die Gelder sollen wie folgt verteilt werden:

a) für Vermehrung des Waldbesitzes (Kulturwert) 5000.— Mk.

b) für Jugendpflege . . . Halver Schalksmühle 6000.— 3000.—

c) für Bücherei 5000.— 3000.—

d) für Beihilfen storkulöser Kinder 10000.— 5000.—

e) für Bodenschwingsche Anstalt 5000.—

f) für Aufwendungen zur Erhaltung der Schmalpurbahn 8000.—

6. Baugebühren-Ordnung. Die von der Amtsversammlung j. Zt. beschlossene Baugebühren-Ordnung ist nicht genehmigt worden. Der Antrag wird nach den vom Landrat vorgeschriebenen Abänderungen genehmigt. Die im April ds. Js. beschlossenen Gebühren-Sätze werden um das 5fache erhöht.

7. Bildung einer Preisprüfungsstelle. Die Aufsichtsbehörde hat die Bildung einer Preisprüfungsstelle angeordnet. Gemeindevorsteher Fernholz ist der Ansicht, die Kommission habe wenig Zweck und belaste nur die Kommunen. Der Bevölkerung sei damit wenig gedient, da die Kommission wenig praktische Arbeit leisten könne. Dem kleinen Geschäftsmann reichten die Mittel zum erhöhten Einkauf nicht mehr. Die Preisprüfungsstelle setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

a) Verbraucher: Georg Dunkel, Halver, Jul. Grüterich, Cten, Carl Hamel, Ehringhausen, Otto Bornemann, Schalksmühle.

b) Handel und Gewerbe: Geschäftsführer Wilh. Fernholz, Halver, Kaufmann Robert Bell, Halver, Sattlermeister und Kaufmann Curt Bonin, Schalksmühle.

c) Landwirtschaft: Ernst Kirchhoff, Bergfeld.

8. Generalvormundschaft. Die Gemeindevertretung Halver beantragt Einrichtung einer Generalvormundschaft für den Amtsbezirk und Beauftragung eines Beamten mit diesem Amte. Nach eingehender Aussprache wird der Antrag mit 3 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

9. Kommunalkredit-Gewährung. Die Landesbank weist durch Rundschreiben vom 8. August 1922 darauf hin, daß sie kaum noch in der Lage sein werde, Kommunalkredit zu gewähren. Der Amtsbeigeordnete Beuter verliest das hierzu eingegangene Schreiben, wovon Vertretung Kenntnis nimmt.

10. Erhöhung der Pflegekosten für Gefangene. Polizei-Assistent Pohlmann beantragt angemessene Erhöhung der Verpflegungssätze für die Gefangenen. Versammlung erhöht die Pflegesätze für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. um das 3fache und vom 1. 10. ab auf das 6fache der bisherigen Sätze.

11. Beihilfe für den Ziegenzuchtverein. Der Ziegenzuchtverein beantragt Bewilligung einer erhöhten Beihilfe für die Beschaffung von 3 Ziegenböcken, der dem Verein entstandene Fehlbetrag in Höhe von 16 952.— Mk. wird von der Vertretung bewilligt.

12. Antrag des Dr. med. Kauert auf Anstellung als Polizeiarzt. Dr. Kauert beantragt, als Polizei-Arzt zugelassen zu werden. Dem Antrag kann nicht entsprochen werden, da die vorhandenen Bezirke verkleinert werden müssen. Die Vertretung ist nicht gewillt, weitere Bezirke einzurichten.

13. Antrag der Firma Volkentath & Cie auf Verkauf des Amtshauses. Firma Volkentath & Cie beantragt, ihr das Amtsgasthaus zu verkaufen und bietet für dasselbe 1,5 Millionen Mark. Amtsbeigeordneter Beuter ist gegen den Verkauf des Gasthauses, da es für den dortigen Bezirk ein Bedürfnis sei, die Post und Gastwirtschaft sei für den Bezirk eine unbedingte Notwendigkeit, das Gebäude sei für Wirtschaftszwecke erbaut und eingerichtet. Gemeindevorsteher Fernholz hebt hervor, unter welchen Verhältnissen das Gebäude j. Zt. entstanden und welchen Aufhebens es in der Bürgerschaft verursacht habe. Das Gebäude sei nicht gewinnbringend und habe bisher nur Zubußen erfordert, auch für die Folgezeit sei kein Gewinn zu erwarten. Er beantrage vorläufige Absehung des Punktes von der Tagesordnung, damit in den Gemeindevertreteritzungen von Halver und Schalksmühle die Frage erst besprochen werden könne.

Der Antrag Fernholz wurde, nachdem Amtsbeigeordneter Beuter nochmals gegen den Verkauf des Gasthauses gesprochen hatte, angenommen.

14. Der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes hat beantragt, seine Entschädigung zeitweilig zu erhöhen. Vertretung ermächtigt die Verwaltung die Entschädigung der Teuerungsklausel der Beamten entsprechend jedesmal zu erhöhen.

15. Ersatz von Lohnausfall. Verschiedene Beisitzer von der Kommission zur Festsetzung des Mietpreises haben Ersatz ihres Lohnausfalles beantragt. Die 5 Beisitzer der Kommission zur Festsetzung des Mietpreises haben für den entstandenen Lohnausfall die Summe von je 200 Mk. beantragt. Vertretung genehmigt die Erstattung des Lohnausfalles.

16. Aufnahme einer Anleihe. Für den Erwerb von neuen Aktien des Kommunalen Elektrizitätswerkes Markt A.-G. Hagen und für den Bau von Wohnungen usw. seitens der Gemeinden des Amtes sind die erforderlichen Mittel im Anleihenwege zu beschaffen. Amtsbeigeordneter Beuter schilbert die Notwendigkeit der Anleihe, erforderlich seien 25 Millionen Mark. Amtsversammlung verweist die Beratung in die vertrauliche Sitzung.

17. Unterstützungsanträge für:

a) Kinderheim Cecilienstift,

b) Evangelische Bruderanstalt,

c) Deutscher Verein gegen den Alkoholismus,

d) Rheinlandbank,

e) Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose,

f) die Bodelschwingische Anstalten,

g) Waisen- und Erziehungsanstalt Godesheim.

Die Verwaltung wird ermächtigt die einzelnen Beträge nach ihrem Ermessen festzusetzen. Anschließend folgt eine vertrauliche Sitzung.

Die Einheitskurzchrift. Die jüngst verbreitete Nachricht, die Verhandlungen über die Einheitskurzchrift seien gescheitert, ist unrichtig. Die letzten Verhandlungen haben zwar noch kein einmütiges, aber doch ein für die weiteren Schritte der Reichsregierung entscheidendes Ergebnis erzielt, so daß die Frage der Einheitskurzchrift voraussichtlich demnächst in befriedigender Weise gelöst werden wird.

Auf der Landstraße erschossen. Auf der Landstraße zwischen Lichte und Bad Pyrmont hieß ein Landjäger den wegen Mordes gesuchten Alfred Pauli, der auf einem Motorrad fuhr, an. Pauli stieg ab und machte sich an seinem Rade zu schaffen. Plötzlich feuerte er auf den Landjäger einen Revolverschuß ab, der diesen tot niederstreckte. Pauli fuhr dann mit seinem Motorrad nach dem Bahnhof Lichte, benutzte von dort den Zug nach Schieden und ist dann spurlos verschwunden.

Medikamentenschmuggel. Die Polizei in Rötigsberg i. Pr. deckte eine Niesenschiebung in Kofain, Morphinum und anderen Medikamenten auf, die ins Ausland geschmuggelt werden sollten. Angehörige aller Gesellschaftsklassen, insgesamt 27 Personen, wurden als Teilnehmer an der Millionenchiebung gefaßt.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		18. 11.		17. 11.		Stand 1. 9. 11
		gekauft	angeb.	gekauft	angeb.	
Holland	1 Gulden	2743,12	2756,88	2593,50	2606,50	1,70 M.
Dänemark	1 Krone	1411,4	1418,55	1326,70	1333,30	1,12 "
Schweden	1 Krone	1875,30	1884,70	1765,0	1774,40	1,12 "
Normen	1 Krone	1271,80	1278,20	1216,95	1223,05	1,12 "
Schweiz	1 Frank	1291,25	1300,75	1226,92	1233,08	0,80 "
Amerika	1 Dollar	8982,50	9017,50	8 984,43	8941,57	4,20 "
England	1 Pfund	31171,87	31228,13	29828,50	29473,50	20,40 "
Frankreich	1 Frank	498,75	501,25	481,81	483,66	0,80 "
Belgien	1 Frank	458,85	461,15	423,93	429,07	0,80 "
Italien	1 Lira	326,18	327,82	311,71	313,29	0,80 "
Österr.	100 Kron.	9,27	9,33	8,77	8,83	85,00 "
Ungarn	1 Krone	2,84	2,86	2,74	2,76	0,85 "
Tschechien	1 Krone	223,44	224,56	209,47	210,53	

Stand der Polenmark am 18. November 44 Pf.

* Produktienmarkt. Berlin, 18. 11. (Nichtamtlich.) Weizen 12 300—12 500, Roggen 10 600—10 800, Hafer 12 200—12 500, Gerste 12 000—12 500 für 50 Kilogramm. Weizenmehl 37 000 bis 40 000, Roggenmehl 31 000—34 000 für 100 Kilogramm, drahtgepr. Weizen- und Roggenstroh 5000—5100, drahtgepr. Haferstroh 5000—5100, bindfadengepr. Weizen- und Roggenstroh 4600—4700, geb. Roggenlangstroh 4700—4800, lofes und geb. Krummstroh 4500—4600, Säffel 5400—5500, handelsübli. Heu 2850—2900, gutes Heu 3100—3300, Raps 20 000, Rapskuchen 7500—7800, Rostkuchen 8000—9000, Weizenfuchermehl 7500 bis 8000, Trodenchnitzel 5600—5800, Maderböhnen 14 000—14 500, Vitoriaerbsen 22 000—23 000, fl. Erbsen 20 000—21 000 für 50 Kilogramm, Melassefutter: Torf 4500, Weizenkleie 6800, Bietreber 7000, Treber 6900, Haferfchalen 6500, Haferkleie 6400, Palmkernschrot 6600, Sennhütte 7000 für 50 Kilogramm einschl. Verpackung, Alles ab Verladung.

* Berliner Viehmarkt vom 18. 11. Auftrieb: 3133 Rinder, 1110 Kälber, 5576 Schafe, 4481 Schweine, 59 Ziegen, 43 Schweine aus dem Remelgebiet. Preise: Ochsen 14 000—27 000, Bullen 15 000—22 000, Kälbe 11 000—26 000, Kälber 18 000 bis 33 000, Schafe 10 000—24 000, Schweine 20 000 bis 50 000, Ziegen 17 000—19 000 M. Markterverkauf: bei Rindern, Kälbern und Schafen glatt, ausgefuchte Ware über Notiz, bei Schweinen ruhig, ausgefuchte, fetie Ware über Notiz.

* Am Hamburger Viehmarkt notierten von Weizenmehlen, hies. Auszugsmehl 50 000, inf. Auszugsmehl 40 000, Bädermehl, hies. 45 000, inf. 70%iges 37 000, amerik. Rot Hamburg 6—7½ Dollar, 70%iges hies. Roggenmehl 35 000, hies. Roggen-grobmehl 28 000, 70%iges inf. 33 000, inf. Roggen-grobmehl 27 500 M. Tendenz ruhiger.

* Stelgerung der Häutepreise. Die bei der letzten Frankfurter Häuteauktion angebotenen Kalbsfelle erzielten gegen die Oktoberauktion 300—400 % Aufschlag.

* Grubenholz über Weltmarktpreis. Dem B. L. wird geschrieben: Ein Grubenholztermin, der vor einigen Tagen statt-fand und Gebote bis zu 57 000 M. je Festmeter brachte, erragt in Fachkreisen größtes Erstaunen. Dieser Preis übersteigt weitestlich den Goldpreis und die Bewertung, die Grubenholz am Weltmarkt findet.

Vom Lebensmittelmarkt.

* Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle. Preise für das Pfund in Mark am 18. 11. Rindfleisch 200—240, ohne Knochen 280—370, Kalbsfleisch 220—400, Hammelfleisch 220 bis 360, Schweinefleisch 450—620, Rüdenschett 1080—1200, Butter 1480—1650, Kartoffeln 6,50—8, Margarine 920—1050, Schweine-schmalz 1320—1480, Äpfel 8—30, Birnen 12—35.

* Berliner Butternotierungen. Die Berliner Butternotie-rungs-kommission notierte am 18. November (Einschlußpreis per Pfund inkl. Faß frei Berlin): I. Qualität 1250, II. Qua-li-tät 1000—1100 M. Tendenz ruhiger.

Turnen, Spiel und Sport.

+ Halver, 20. Nov.

Am vergangenen Sonntag weite die 1. Mannschaft des Turn- und Sportvereins „Westfalia“, Godelsberg hier, um gegen die 1. Mannschaft des Spiel- und Sportvereins Halver ein Meisterschaftsspiel auszutragen. Das Spiel endete mit 4:2 Toren zu Gunsten der Halveraner. — Die hiesige 1. Jugend weite zu einem Gesellschaftsspiel in Wipperfurth. Sie schlug die dortige 1. Jugend mit 2:1 Toren.

Kleine Nachrichten.

Teuerungskonferenzen.

Berlin. Am kommenden Dienstag werden im Reichsfinanz-ministerium die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die neue Teuerungssaktion für die Beamten und Staats-arbeiter ihren Anfang nehmen.

Die Zuständigkeit der Gerichte.

Berlin. Die fortschreitende Geldentwertung hat eine wei-tere Erhöhung der Zuständigkeitsgrenzen der Gewerbe- und der Kaufmannsgerichte erforderlich gemacht. Sie wird in einem Gesetzesentwurf vorgeschlagen, der dem Reichstag vorgelegt ist. Die Gewerbegerichte sollen für Arbeiter, wie bisher, ohne Höchstgrenze, für Betriebsbeamte, Werksmeister und Techniker bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 500 000 Mark (bisher 100 000 Mark) zuständig werden; ebenso die Kaufmannsgerichte für Handlungsgehilfen. Die Berufungsgrenze ist von jetzt 5000 (bei den Kaufmannsgerichten 6000) auf 20 000 Mark heraufgerückt. Auch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte wird verändert werden müssen.

Vollzug der Untersuchungshaft und der Freiheitsstrafen.

Berlin. Am 18. d. M. hat der preussische Justizminister den in Berlin versammelten Präsidenten der am 1. Januar 1923 in Wirklichkeit tretenden Strafvollzugsämter bei den Ober-landesgerichten die Richtlinien mitgeteilt, nach denen er künftig den Vollzug der Untersuchungshaft und der Freiheitsstrafen sowie die Verwaltung der Gefangenenanstalten gehandhabt wissen will.

Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Berlin. Nachdem Minister Severing die angekündigte Auflösung des „Heimatsbund Brandenburg und Westpreu-sen“ und des „Selbstschutzes Charlottenburg C. B.“ aus-gesprochen, ist nunmehr auch die Nationalsozialistische Arbeiter-partei in Preußen verboten, ferner die Nationale Sparver-einigung in Berlin-Wannsee sowie sämtliche Landesverbände, Bezirks- und Ortsgruppen, auch insoweit sich diese als selbständige Organisationen betrachten, aufgelöst worden.

Drei Arbeiter verunglückt.

München. Im Fabrikgebäude der Harpener Bergbau-A.-G. am Mainbach in Achafenburg ist ein Arbeiter am Achen-lanal beim Öffnen des Schieberes von herausfallenden brennen-den Aschenklumpen tödlich, ein anderer schwer verbrannt worden. Ein dritter Arbeiter, der den tödlich Verunglückten retten wollte, hat sich gleichfalls schwer verbrannt.

Musterausstellung polnischer Industrie in Kattowitz.

Kattowitz. Der Zentralverband der polnischen Industrie, des Bergbaus, des Handels und der Finanzen hat an die Industriellen aller Industriezweige in ganz Polen das Ge-suchen gerichtet, die Anregung des Handels- und Industrie-Min-istries zum Wirtstertum für Industrie und Handel zur Veranstaltung einer Musterausstellung der polnischen Industrie in Kattowitz tätig zu unterstützen. Diese Ausstellung bezweckt, in Ober-schlesien das auszustellen, was die polnische Industrie erzeugt. Sie wird in der Zeit vom 23. Januar bis 11. Februar 1923 stattfinden und mit einer Messe verbunden sein.

Der letzte Oberschlesier aus der Verwaltung entfernt.

Kattowitz. Der Polische Rhymer hat sich angeblich wegen Überarbeitung und schwerer Nervenkrankheit für mehrere Wochen von seinem Amte beurlauben lassen. Es ist das auf-fällig, da Rhymer der letzte Oberschlesier ist, der von den Polen in einer leitenden Stellung befallen worden ist. Daher darf man annehmen, daß es sich hier um eine diplomatische Krankheit handelt und daß Polen beabsichtigt, entgegen seiner Zusage, auch diesen letzten Oberschlesier aus seiner Stellung in Ost-Ober-schlesien zu entfernen.

Der Danziger-polnische Kampf um das Ein- u. Ausfuhrproblem.

Danzig. Im Laufe der auf Anregung des Oberkommissars des Völkerbundes, General Hating, zwischen den Vertretern Danzigs und Polens eingeleiteten Verhandlungen über die Frage der Ein- und Ausfuhrkontingente erklärte sich Danzig bereit, direkt in Warschau mit dem Handelsminister zur Be-lebung dieser Streitfrage zu verhandeln. Danzig verlangt, daß von allen Zwangsmahnahmen hinsichtlich der von der Danziger Außenhandelsstelle ausgestellten Scheine abgesehen ist. Der polnische Vertreter erklärte, diesem Wunsch nicht ent-sprechen zu können. Um schwere Schäden für das Danziger Wirtschaftslieben zu verhüten, hat nunmehr der Danziger Senat beim Oberkommissar des Völkerbundes einen Antrag einge-reicht, zu entscheiden, daß Polen nicht berechtigt sei, Zwangs-mahnahmen hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr gegenüber Danzig anzuordnen.

Italiens neue Provinzen verlangen Beachtung ihrer Wünsche.

Tandrad. Unter dem Vorhitz des Bürgermeisters von Trient hat eine Versammlung von Gemeindevorstehern aller größeren Ortschaften des Trentino stattgefunden, welche gegen die Tendenzen, die italienische Provinzial- und Gemeindever-fassung in den neuen Provinzen einzuführen, energisch Stellung genommen hat. Nach eingehender Aussprache wurde eine Tagesordnung angenommen, in der festgelegt wird, daß die in den neuen Provinzen in Kraft stehende Verwaltungs-ordnung die Einheit des Staates in keiner Weise gefährdet, viel-mehr das Gelingen des Staates zu stärken geeignet ist.

Amerika über Deutschlands Lage.

Newyork. Das Interesse an den englischen Wahlen über-schattet die politischen Vorgänge in Deutschland. Die schwierige Lage, in der sich Deutschland befindet, wird aber klar erkannt. Ein Beweis dafür ist ein Aufsatz von Prof. Priest, den die „Evening Post“ an hervorragender Stelle bringt. Priest richtet in seinem Artikel einen Appell an die finanziell leistungsfähigen Länder, Deutschland eine Anleihe zu gewähren, damit die Re-publik gekräftigt wird.

Rölnener Frühdevisen. Der Dollar — 7300.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat November 150,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Be-zieher und Inserenten keine Ersatzanspruch geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

SPORTHAUS STADION

Inh.: Willy Kottseper, Hagen.
Königsstraße 24
gegenüber der Stadt Sparkasse
Erstes Spezialgeschäft am Platz.

Landwirtschaft und Volksnot.

Von Landrat a. D. Frhn. v. Wilmsdorf,
Vorsitzendem des Landbundes Provinz Sachsen.

Die Landwirtschaft hat sich nicht um den Achtstundentag gekümmert, sondern von Anfang an 9 bis 10 Stunden und, wenn man die Sonntagsarbeit mitrechnet, gar 12 bis 14 Stunden täglich gearbeitet, und zwar ohne für die Überstunden erhöhte Bezahlung zu fordern.

Sie hat der Regierung 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide zu bestimmten Fristen zum Marktpreise angeboten, um der Versorgung unseres Volkes mit Brot auf diese Weise einen festen Rückhalt zu geben. Dieses Angebot wurde von der Regierung zurückgewiesen.

Sie war bereit, mit Hilfe einer allen leistungsfähigen Steuerpflichtigen aufzuerlegenden Brotsteuer den wirklich Bedürftigen verbilligtes Brot zur Verfügung zu stellen.

Durch Übernahme von Patenschaften für die Armen der Armen suchte sie nach Kräften die dringendste Not zu lindern.

Sie ist trotz aller ihr in den Weg gelegten Hindernisse (Getreideumlage, phantastisch erhöhte Grundsteuern, konfiskatorische Vermögens- und Erbschaftsteuer) bestrebt, die heimische Erzeugung zu steigern, um der deutschen Volkswirtschaft die 1½ bis 2 Millionen Goldmark zu sparen, die wir jetzt für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln an das Ausland bezahlen müssen.

Durch die Umlage mit ihrer ganz unzulänglichen Preissetzung wird der Landwirtschaft die Weiterverfolgung ihres Zieles unmöglich gemacht, und wie erst kürzlich Staatssekretär Dr. Namm vom preussischen Landwirtschaftsministerium im Dingemittelausschuß ausführte, die Landwirtschaft gegen ihren Willen gezwungen, ihre Betriebe zu extensivieren.

Die Landwirtschaft hat im vergangenen wie in diesem Jahre Tausenden von Minderbemittelten Kartoffeln und Getreide zu einem bedeutend ermäßigten Preise abgegeben, zum Teil ohne Entgelt! — Statt Anerkennung fand die Landwirtschaft in hundert Variationen Spott und Hohn.

Die Landwirtschaft ist bereit, alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, eine Erleichterung der uns in Versailles und London auferlegten untragbaren Lasten, der Quelle alles unseres Elends, herbeizuführen.

In dem Agrarüberschußland Rußland kostet heute infolge der produktionshemmenden Zwangswirtschaftsmaßnahmen der Sowjetregierung ein Pfund Kartoffeln 130 000 Rubel und ein Pfund Mehl 170 000 Rubel.

Die deutsche Landwirtschaft, die nur ¼ der Gesamtbevölkerung umfaßt, kann ihre auf Steigerung der Produktion gerichtete Arbeit nur fortsetzen, wenn sie dabei verständnisvolle Mitarbeit aller übrigen Bevölkerungsschichten findet. Hierzu werden alle wirtschaftlich Einsichtigen aufgefordert.

Billiges Brot?

Vom 30. Oktober ab betrug der Preis für das Berliner Markenbrot 99 Mark. Bereits vom 13. November ab ist er auf 112 Mark erhöht worden. Das ist seit dem am 1. Juli endgültig verabschiedeten neuen Umlagegesetz, das so wieder mit der Erzielung „billiger und stetiger“ Brotpreise begründet wurde, vorerst glücklich die 7. Erhöhung.

Die Preisentwicklung des Berliner Markenbrotes seit dem 1. Juli wird durch folgende Übersicht veranschaulicht:

Am 1. Juli	16,25 M.	(Grund: Lohn- und Rohmaterialpreiserhöhung)
ab 10. Juli	17,50 „	(Erhöhung der Mehlpresse durch die Reichs-Getreide-Stelle)
„ 14. August	31,60 „	(Verteuerung von Salz, Gefe, Kohle)
„ 4. Sept.	32,40 „	(Verteuerung der Rohmaterialien und Personalkosten)
„ 11. Sept.	38, — „	(Verteuerung der Materialkosten, Miete, Löhne)
„ 9. Oktober	44, — „	(Mehlpresseerhöhung durch die Reichs-Getreide-Stelle, Materialkosten)
„ 30. Oktober	99, — „	(geheißene Kohlenpreise, höhere Löhne der Bäckergehilfen)
„ 13. Nov.	112, — „	

Prüft man die Gründe der siebenmaligen Erhöhung, so ergibt sich die unerfreuliche Tatsache, daß die Ursachen, die in den jüngsten Monaten den Markenbrotpreis erhöhten, beim jetzigen Gepräge des deutschen Wirtschaftslebens weiterhin treibend bleiben. Man hat die Getreideumlage wiederholt und mit diesem Ausnahmengesetz unendlich viel Verbitterung in die landwirtschaftlichen Kreise getragen. Der Verbraucher aber merkt nichts von ihrer Wirkung, denn nicht der Brotpreis ist stetig, wie Minister Febr verkündete, sondern die Brotpreise erhöhen sich. Die knappe Frühlings- und Sommerernte des Brotpreises aufrechterhalten läßt, läßt den gewöhnlichen Preis billigen und stetigen Brotpreises in seiner ganzen märchenhaften Unwahrscheinlichkeit erscheinen. Um so gebieterischer aber tritt die von den Landbünden erhobene Forderung hervor, in diesen harten Zeiten wenigstens den wahren Darbenden ein wohlfeiles Brot zu überreichen und dazu die Leistungsfähigen aus allen Erwerbschichten heranzuziehen.

Umkehr.

Die jüngste deutsche Note an die Reparationskommission bedeutet außen- und innenpolitisch diejenige Umkehr der deutschen Politik, die von weitesten Kreisen immer wieder als unerlässlich erwiesen worden ist. Mag sie auch ein Kompromiß zwischen den beiden Richtungen darstellen, von denen die eine von der Stabilisierung der Mark, die andere von der Neubelebung unseres gesamten Wirtschaftslebens ausgehen wollte, so bringt sie doch einen unlegbaren Fortschritt. Die bisherige Politik trotz aller löblichen Worte letzten Endes immer weiter ins Elend hinabdrücken, so werden nun endlich neue Ziele gezeichnet, und vor ihnen steht als scheinend der entschlossene Wille, die deutschen Schwierigkeiten ungeachtet ihrer gigantischen Größe zu meistern. Man darf sagen, der Entschluß, die unseligen alten Wege zu verlassen, ist unmittelbar vor 12 Uhr gefaßt worden. Klagen, daß sich der entsprechende Wille nicht früher eingestellt hat, sind nutzlos. So überwiege denn die Genugtuung, daß im letzten Augenblick doch noch das Steuer herumgerissen werden soll. Kein Zweifel, dieser Wechsel wird an sich schon unendlich viele Hoffnungen und Kräfte beleben. Noch immer hat sich das deutsche Können am nachhaltigsten erwiesen, wenn bitterste Not alle Sehnen zu straffen zwang.

In ermüdend häufiger Wiederholung mußten dringende Forderungen durch das Parlament und die Presse geschleift werden. Hartnäckiger Widerspruch verriegelte die Tür. Nun mit einem Male werden alle diese Reformen, wie die Aufhebung entbehrlicher Behörden, die Verminderung des Beamtenheeres, die Vermeidung unproduktiver Ausgaben, die produktive Gestaltung der Reichsbetriebe usw., bereitwillig zugesagt; selbst die Getreidezwangswirtschaft, deren Beseitigung die gewaltige Kraftzentrale der Landbünde bis heute vergeblich angestrebt, hört von ferne das Sterbeglocklein läuten. Es ist, als trete man aus einem dumpfen Keller in die frische Luft des Tages, der von selbst zu neuem Schaffen anregt.

Wie jämmerlich aber, daß hier der große Augenblick ein kleines Geschlecht fand. Man schämt sich dieses Reichstages, der in derselben Stunde, in der die Note in Paris überreicht wurde, einen Kabinettswechsel aus bloßem Parteieigennutz herbeiführte. An sich mögen die neuen Wege auch neue Männer erwarten. Dennoch war die Art, wie im Reichstage trotz weitgehender sachlicher Übereinstimmung der parteipolitische Spektakel des Kabinettswechsels erzwingen wurde, für das Ansehen des Parlamentes und des Parlamentarismus von verheerender Wirkung. Es wird hohe Zeit, daß auch auf diesem Gebiete innere Umkehr beschieden wird.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute nacht 1/2 12 Uhr verschied nach langem, schweren Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender, nie ermüdender Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Landwirt

Hermann Baukloh

im Alter von 60 Jahren.

In tiefer Trauer:

Familie Hermann Baukloh.

Mühlen-Schmidthausen b. Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Brüninghausen, Buer und Halver, den 19. Nov. 1922.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. November 1922, nachmittags 2 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Kranzspenden im Sinne des Entschlafenen dankend verboten.

Freiwillige Feuerwehr
Neuenhaus.

Donnerstag, den 23. November, nachmittags 1 1/2 Uhr Antreten beim Kameraden Fritz Funke, M.-Schmidthausen zur Beerdigung unseres verstorbenen Vorsitzenden

Hermann Baukloh

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Anzug: Tuchrock und Helm.

Allgem. Ortskrankenkasse
der Gemeinde Halver.

Mit Wirkung vom 1. November ist der Grundlohn auf 500 Mark und dementsprechend die Beiträge und Leistungen erhöht worden.

Entsprechende Tabellen können in einigen Tagen an der Kasse in Empfang genommen werden

Halver, 20. Nov. 1922

Der Vorstand.

Praktische

Weihnachts-Geschenke

Anzüge

a. soliden Stoffen, mit guten Zutaten, für Burschen und Herren 39 000.-
28 000.-
19 500.-

14 500.-

Kleider

aus Cheviot, Popelin, K'garn, Gabardine, eleg., schick, 45 000.-
29 000.-
19 500.-
13 000.-

9 500.-

Schlüpfer

moderner Schnitt, in hellen und dunklen Dessins für Burschen u. Herren 36 000.-
29 000.-
21 500.-

15 000.-

Mäntel

für Mädchen und Damen, wunderb. Formen in Flausch, Tuch, Velour de laine usw. 29 000.-
19 500.-
16 500.-

12 500.-

Hosen

moderne Streifen und Buxkin 8500.-
5200.-
3900.-

1950.-

Röcke, Blusen

in großer Auswahl 8500.-
4500.-
2900.-

1450.-

Strickjacken in großer Auswahl.

Münch-Berg

12 Verkauf nur 1. Etage. 12
HAGEN, Elberfelderstr.

Evangel. Kirchengemeinde Halver.

1000.— Mark Belohnung

zahlen wir demjenigen, der uns die Diebstähle in den Kirchenwaldungen so anzeigt, daß die Täter bestraft werden können. Verschwiegenheit wird zugesichert.

Halver, den 18. November 1922.

Das Presbyterium: D. Dresbach.

Trauerbriefe

werden schnell und billig
angefertigt in der

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.



Wilhelm Stallmann
Hagen W. Rathauspassage
Kornstr. 5a Fernruf 295

Die Durchsicht

des Anzeigenteiles Ihres Heimatblattes dürfen Sie in Ihrem eigenen Interesse nie vergessen. Den in diesem Blatte inserierenden Geschäften gebe man beim Einkauf den Vorzug.

Größeres Lager in Dreh- u. Gleichstrom-

Motoren



Bergstrasse 123.

Fernruf 259, 3916.

Korbwaren

offene Marktörbchen, Nähörbchen, Zeitungsmappen, Papierörbchen empfiehlt in großer Auswahl

Wilh. Bell jr., Halver.

Schalksmüller
Turnverein
Schalksmühle

Samstag, den 25. Nov.,
abends 8 Uhr im Vereins-
lokal Hugo Huffer

**General-
versammlung.**

Tagesordnung:

1. Statutenänderung
2. Beitragsnachforderung für 1922 u. Beitrags-
erhöhung für 1923
1. Quartal.
3. Neuwahl der ausstehenden
Turnratsmitglieder.
4. Wahl der Vertreter zum
Kreisturntag.
5. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen
bittet Der Vorstand.

Habe 2 weiße

la. Schweizerziegen

im Februar melk werdend,

zu verkaufen.

Von wem sagt die Ge-
schäftsstelle des „Allgem.
Anz.“, Halver.

Erhalte heute

**la. oiden.
Schweine.**

Rob. Japp, Schalksmühle.

— Telefon 140. —

Moderne

**Damen- und
Herren-Garderoben**

kaufen Sie vorteilhaft
auch auf

Teilzahlung

im

Bekleidungshaus

„Westfalia“.

Hagen i. W.,

Elbers-Ufer 10, 1968

Eingang Haidenstr.

Altes Röhren-Blei

sowie sonstige Altmetalle

kauft laufend 2022

Firma Hänsler,

Kierspe-Bhf

Telefon 143, Meinerzhagen.

Frachtbriefe

nach neuester amtlicher

Vorschrift liefert

Wilh. Bell jr.

Halver.